



N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sondersitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 22.03.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 16:58 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

Frau Stadtverordnete Reimelt

entschuldigt

Frau Stadtverordnete Ruser

Vertreterin

Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU

Frau Stadtverordnete Kargoscha

entschuldigt

Herr Stadtverordneter Müller

Vertreter

Herr Stadtverordneter Strauch

Vertreter

Frau Stadtverordnete von Twistern

entschuldigt

Herr Stadtverordneter Ventzke

B 90 / DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Coordes

entschuldigt

Frau Stadtverordnete Fensak

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Vertreter

Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

entschuldigt

BIW

Frau Stadtverordnete Tiedemann

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Schriftführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Raether, Amt 14

Gesamtpersonalrat:
Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:
Personalrat Feuerwehr:
Personalrat Schulen
Personalrat Ortschaftspolizeibehörde:
Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:
Gesamtschwerbehindertenvertretung

Frau Näth-Kurnaz
Herr Rosenbohm
Herr Dreimann
Frau Suhr
Herr Wall
Herr Zager
Frau Lentz

Herr Oberbürgermeister Grantz begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass folgende Ausschussmitglieder für die heutige Sondersitzung entschuldigt sind: Frau Coordes, die von Herrn Kaminiarz vertreten wird, Frau Stephan-Titze, Frau Kargoscha, die von Herrn Müller vertreten wird, Frau von Twistern, die von Herrn Strauch vertreten wird und Frau Reimelt, deren Vertreterin Frau Ruser ist.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Ausschussmitgliedern für ihre Bereitschaft zur Durchführung der heutigen Sondersitzung und weist darauf hin, dass die Mitglieder am 21.03.2022 per E-Mail eine aktualisierte Fassung der Tischvorlage für die Beratung in der heutigen Sitzung erhalten haben. Dies sei die Tischvorlage Nr. 16-1/2022 „Personalbedarfe im Zusammenhang mit der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen in Bremerhaven“ (Stand 21.03.2022). Weiter stellt Herr Grantz fest, dass es keine Anträge zur Tagesordnung gibt.

Herr Grantz nimmt die heutige Sondersitzung zum Anlass, um auf die schwierige Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine hinzuweisen. Unter erheblichen Aufwand sei es in Bremerhaven gelungen innerhalb von zwei bis drei Wochen für die Flüchtlinge, bei denen es sich vor allem um Frauen und Kindern handele, Unterkünfte zu schaffen. Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass zurzeit u. a. folgende Unterkünfte bereitstünden: die Hans-Gabrich-Halle und das Stadthaus 3. Darüber hinaus sei es gelungen, Wohnungen für die Geflüchteten anzumieten. In Kürze solle außerdem das Jugendgästehaus als Unterkunft genutzt werden. Herr Grantz erklärt, dass man natürlich auf eine baldige Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine hoffe, man müsse sich in Perspektive aber trotzdem darauf einstellen, dass der Krieg nicht so schnell beendet sei und die Geflüchteten länger bleiben müssten. Zurzeit halten sich ca. 1.000 Geflüchtete in Bremerhaven und ca. 4.000 in Bremen auf. Der Ausschussvorsitzende führt weiter aus, dass man für Bremerhaven von ungefähr 2.000 Flüchtlingen ausgehen müsse, wenn die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine auf 4 Millionen steige. Herr Grantz erklärt, dass es noch keine konkreten Finanzierungszusagen des Bundes für die Länder bzw. Kommunen gebe. Mit einer finanziellen Unterstützung sei aber zu rechnen. Bezugnehmend auf die heutige Tischvorlage stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass die dort genannten Stellen das Mindestmaß dessen darstellen, was man für die Bewältigung der Aufgabe benötige. Herr Grantz möchte den Anlass nutzen, um all den Beschäftigten der Stadtverwaltung für ihre Hilfe zu danken. Der Vorsitzende betont, dass man auf die Mithilfe der Mitglieder des Personal- und Organisationsausschusses angewiesen sei und hoffe, dass mit der heutigen Entscheidung die in der Vorlage genannten Maßnahmen mitgetragen würden.

Herr Freemann erklärt, er sei sehr froh, dass in der heutigen Vorlage auch die acht Stellen für das Gesundheitsamt enthalten seien. Weiter teilt er mit, dass sich Mitglieder von CDU, FDP und SPD ein Lagebild verschafft und die Hans-Gabrich-Halle besucht hätten. Herr Freemann betont, dass das dort Geschaffene Respekt verdiene. Er spricht den Beschäftigten des Magistrats, der Feuerwehr und allen freiwilligen Helferinnen und Helfern seinen Dank aus.

Herr Ventzke merkt an, dass sich die Ausschussmitglieder, als sie die Tischvorlage in der letzten Woche bekamen, nicht so kurzfristig einarbeiten konnten. Für die nun gefundene Regelung sei er dankbar. Es sei toll, dass die Bevölkerung, insbesondere die BBU und die Wohnungsgesellschaften, in dieser besonderen Situation helfen würden. Nach seiner Meinung würde jetzt in der Verwaltung zusätzliches Personal gebraucht. Weiter dankt Herr Ventzke im Namen der CDU-Fraktion für alles, was bis jetzt auf den Weg gebracht wurde, um den Flüchtlingen zu helfen.

Frau Kirschstein-Klingner erklärt, sie sei dankbar dafür, dass alle Unklarheiten nun beseitigt seien und die Stadt mit der Ausschreibung der Stellen für das Personal, das jetzt gebraucht werde, beginnen könne. Während ihres Besuch in der Flüchtlingsunterkunft in der Wiener Straße habe sie viele positive Eindrücke sammeln können.

Frau Fensak zeigt sich dankbar für die große Kraftanstrengung, die von allen Beteiligten unternommen wurde. Weiter weist sie darauf hin, dass die Beschaffung der notwendigen Güter in Zukunft ein Problem sein werde. Nach Auffassung von Frau Fensak werden viele der Flüchtlinge mit dem Impfstoff Sputnik geimpft sein. Hier müsse das Gesundheitsamt unterstützen.

Nach Ansicht von Herrn Jürgewitz müsse den Flüchtlingen unbedingt geholfen werden. Er stellt aber auch klar, dass die Flucht in ein anderes Land eine Flucht auf Zeit sei. Daher seien Willkommensklassen nicht erforderlich. Die mit der Tischvorlage beantragten Stellen würden nach seiner Auffassung aber nicht benötigt, da im Jahr 2021 ausreichend neue Stellen mit der Begründung, dass diese wegen der Corona-Pandemie benötigt würden, geschaffen wurden. Daher werde er sich bei der Abstimmung auch enthalten.

Herr Freemann widerspricht Herrn Jürgewitz und erklärt, dass gerade auch die Willkommensklassen notwendig seien, da man nicht wisse, wie lange der Krieg andauern werde. Gleichzeitig begrüße er die Ankündigung von Herrn Stadtrat Frost, den ukrainischen Schüler:innen für den Online-Unterricht aus der Ukraine Tablets zur Verfügung zu stellen.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Vorlagen/Vorträge

2.1. Personalbedarfe im Zusammenhang mit der Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen in Bremerhaven

16/2022 - 1

Zur sachgerechten Erstausrüstung der mit der Bewältigung der Flüchtlingswelle aufgrund des Ukraine-Krieges befassten Ämter des Magistrats mit Personal bewilligt der Personal- und Organisationsausschuss mehrheitlich mit einer Enthaltung (Herr Jürgewitz) die nachfolgenden üpl. anerkannten Bedarfe, befristet für die Dauer eines Jahres ab Einstellung mit der Option einer anschließenden unbefristeten Einstellung:

a) für das Sozialamt (Amt 50)

- 8,0 Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz, EG 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- 2,0 Sachbearbeitung Bildung und Teilhabe, EG 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- 2,0 Sachbearbeitung Verwaltung, EG 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- 16,0 Sozialbetreuer:in, EG 7 TVöD (Entgeltordnung/VKA), über die mit Vorlage Nr.15/2022 beantragten Bedarfe hinaus

- 6,0 Unterstützungskräfte Handwerker:innen; EG 3 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 1,0 Hauswirtschafter:in, EG 3 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 1,0 Abschnittsleitung für den Bereich der Sozialbetreuer:innen, EG S 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 1,0 Abschnittsleitung Asylbewerberleistungsgesetz, EG 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- b) für das Amt für Jugend, Familie und Frauen (Amt 51)**
- 2,0 Sozialarbeiter:in Pflegekinderdienst, EG S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 2,0 Amtsvormünd:in, EG S 12 bzw. EG 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), je nach Qualifikation
 - 2,0 Sozialarbeiter:in Allgemeiner Sozialdienst, EG S 14 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 2,0 Sachbearbeitung Pflegekinderdienst bzw. Amtsvormundschaften, EG 3-5 TVöD (Entgeltordnung/VKA), je nach Qualifikation
 - 8,0 Erzieher:in, EG S 8a TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 1,0 Sachbearbeitung unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, EG 9b TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 0,5 Psycholog:in/Traumapädagog:in, EG S 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- c) für das Schulamt (Amt 40)**
- 1,0 Sachbearbeitung Schülerangelegenheiten, EG 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 20,0 (0,5 pro Schule) Schulsozialarbeiter:in, EG S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)
 - 1,0 Traumapädagog:in ReBUZ, EG S 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- d) für das Bürger- und Ordnungsamt (Amt 91)**
- 2,0 Sachbearbeitung Migration und Einbürgerung, EG 9a - 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA), je nach Qualifikation
- e) für den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien (WSI)**
- 2,0 Sachbearbeitung An- und Vermietung, EG 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)
- f) für das Personalamt (Amt 11)**
- 2,0 Sachbearbeitung, EG 7-9a TVöD (Entgeltordnung/VKA), je nach Qualifikation
- g) für das Gesundheitsamt (Amt 53)**
- 8,0 medizinische Fachangestellte, EG 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA)

Die Stellenbesetzungen sollen sukzessiv erfolgen. Über den Stand der Umsetzung ist dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zu berichten.

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, die aus den Besetzungen resultierenden Personal-, Arbeitsplatz- und sonstigen Sachkosten gegenüber dem Land bzw. mittelbar dem Bund zwecks Refinanzierung geltend zu machen. Der Ausschuss ist über den Fortgang dieser Bemühungen in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

Auszüge: I/1, Amt 11/3, Amt 11/7, Amt 40, Amt 50, Amt 51, Amt 53, Amt 91, WSI

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Adomeit
Schriftführer